

DIE IN JUGOSLAWIEN LEBENDE UNGARISCHE MINDERHEIT IN DER UNGARISCHEN AUSSENPOLITIK ZWISCHEN DEN BEIDEN WELTKRIEGEN (1919-1938)

HUNGARIAN MINORITY IN YUGOSLAVIA AND HUNGARIAN FOREIGN POLICY 1919-1938

In the 1920s and 1930s Hungarian minority played a role of secondary importance in Hungarian foreign policy conducted towards Yugoslavia. It was primarily the instrument of Hungarian foreign policy in order to reach its main goal to disintegrate the Little Entente. By requests of giving concessions to Hungarian minority in Yugoslavia the Hungarian government wanted to demonstrate its approach to Belgrade and this way to ameliorate circumstances for Hungarian foreign policy. On the other hand the Hungarian minority for Yugoslavian foreign policy was an instrument too. Their treatment has changed according the importance that Belgrade gave to friendship of Hungary.

Keywords: Yugoslavia, Hungary, foreign policy, Hungarian minority

MADŽARSKA MANJŠINA V JUGOSLAVIJI IN MADŽARSKA ZUNANJA POLITIKA MED OBEMA VOJNAMA (1919-1938)

V dvajsetih in tridesetih letih 20. stoletja je imela madžarska narodna manjšina sekundarno vlogo v madžarski zunanji politiki do Jugoslavije. Bila je predvsem sredstvo, ki naj bi pomagalo doseči glavni cilj, razbitje Male antante. Z zahtevami po ugodnostih za madžarsko manjšino je madžarska vlada hotela pokazati svoj odnos do Beograda in utreti pot svoji zunanji politiki. Po drugi strani pa je bila madžarska manjšina tudi orodje jugoslovanske zunanje politike. Njen status se je spreminjal v skladu z odnosom med Beogradom in Madžarsko.

Ključne besede: Jugoslavija, Madžarska, zunanja politika, madžarska manjšina

Durch den am 4. Juni 1920 unterzeichneten Friedensvertrag im Versailler Palais Grand Trianon verlor Ungarn 2/3 seiner Gebiete und dem entsprechend wurde auch eine hohe Zahl von Ungarn vom Mutterland getrennt. Etwa 3 Millionen Ungarn mussten in den von Ungarn abgetrennten Gebieten leben, mehr als eine halbe Million von ihnen in Jugoslawien. Zwischen den beiden Weltkriegen hatte die ungarische Außenpolitik zwei Hauptziele, und zwar den Frieden zu revidieren, und mit dem im Zusammenhang die Auflösung der Kleinen Entente, die hauptsächlich darum gegründet worden ist, damit sie den Trianoner Frieden aufrechterhält. Um dies zu erreichen, musste ein wichtiges Ziel erreicht werden, und zwar die Lösung der Frage der Minderheiten.

Für die ungarische Außenpolitik gab es eine Rangordnung, anhand sie die verschiedenen Minderheiten behandelte. Es ist schon offensichtlich, dass beim Bestimmen dieser Rangordnung in erster Linie die Zahl, der in den vom Mutterland abgetrennten verschiedenen Gebieten (in den Nachbarländern) lebenden Ungarn, in Betracht genommen wurde. Schon dieser quantitative Index hätte gereicht, die in Rumänien lebende ungarische Minderheit an die erste Stelle zu setzen, aber dazu kamen noch gesellschaftliche und wirtschaftliche Gründe, wonach die in Jugoslawien lebende ungarische Minderheit erst auf den dritten Platz dieser fiktiven Rangliste gelangen konnte. Außer diesen vorher erwähnten Gründen, gab es noch einen, weshalb sie diesen nicht so vornehmen dritten Platz bekamen, und zwar, dass diejenigen jugoslawischen Stimmungsberichte über Ungarn vermutlich ganz stichhaltig waren, die davon berichteten, dass sich von allen in den Nachbarländern lebenden Minderheiten, als erste die Ungarn in Jugoslawien dem Einfluss der Staatsgründenden Mehrheit unterwerfen würden.¹

Die ungarische Regierung hatte eine offizielle Verbindung zu den ungarischen Minderheiten, die aber wurde durch geheime Wege verwirklicht, erreicht.² Diese geheimen Wege waren das Zentrum des durch die Lenkung von Pál Teleki gegründeten Bundes der Gesellschaftlichen Vereine, wessen Grundprinzipien und Tätigkeit vom ungarischen Ministerrat am 12. August 1921 akzeptiert

● ● ●

1 Das Essay ist im Rahmen des OTKA F-62052 Programms (Staatliche Forschungsprogramme) entstanden und mit dem Bolyai János Stipendium für Forschung von der Ungarischen Wissenschaftlichen Akademie. Der Bericht vom Geheimen Staatssicherheitsamt in Subotica an das Innenministerium. Archiv Jugoslawiens, (AJ) 395-9-94. Pov. Dok. Br. 10659

2 András Hory, dem ungarischen Gesandten in Belgrad hat das Außenministerium verboten, mit den in Jugoslawien lebenden Ungarn in Verbindung zu stehen, er hatte auch keine besonderen Kontakte zu ihnen. Hory András: Bukaresttől Varsóig. Sajtó alá rendezte, bevezető tanulmányt írta, jegyzettel ellátta Pritz Pál. Gondolat Kiadó, Budapest, 1984.

wurde.³ Der Zentralapparat des Bundes wurde dem Ministerpräsidenten untergeordnet, das Finanzbudget wurde jedoch allein von der Regierung, ohne die Nationalsammlung genehmigt. Innerhalb dieses Bundes wurde die Sankt Gellért Gesellschaft gegründet, die für die Verbindung zu den in Jugoslawien lebenden Ungarn verantwortlich war. Der Präsident der Gesellschaft war Ferenc Herczeg, einer der bedeutendsten Schriftsteller dieser Zeit.

Unter den in den abgetrennten Gebieten lebenden Ungarn gab es zwischen den in Jugoslawien lebenden Ungarn die heftigsten Diskussionen, Meinungsverschiedenheiten darüber, wie sie sich im neuen Land der Macht gegenüber verhalten sollen. Zwei Gruppen standen einander gegenüber, die passive Gruppe meinte, es wäre nicht der richtige Augenblick in der neuen Heimat eine selbstständige ungarische Partei zu gründen, bis die aktive Gruppe eben das Gegenteil erreichen wollte, was auch die ungarische Regierung unterstützte. Dermaßen sogar, dass sie allerlei finanzielle und moralische Unterstützung denjenigen verweigerte, die den aus dem Mutterland kommenden Anordnungen, Hinweisen nicht folgten, welche die Bildung einer einheitlichen ungarischen politischen Minderheitspartei forcierten.⁴ Obwohl Bethlen in seiner Rede am 8. Mai 1922 in Debrecen die Außenpolitik betreffend die Priorität der Verbesserung der Lage der in den Nachbarländern lebenden Minderheiten betonte, beschäftigte sich die Regierung nicht so intensiv mit dieser Frage. Es gab auch nicht viele Chancen auf diesem Gebiet, welche zu wesentlichen Erfolgen hätten führen können. Allein die nationale Regelung dieser Frage ermöglichte es dem Mutterland nicht, in diesem Fall eine Klage zu erheben, darauf hatten nur die Minderheiten in den betroffenen Ländern ein Recht.

Was die Außenpolitik Jugoslawiens und der beiden anderen Staaten der Kleinen Entente betrifft, haben alle betont, dass eine befriedigende Lösung des Minderheitenproblems die Grundvoraussetzung für eine bessere Beziehung zwischen den Staaten sei. Das hat man damit erklärt, dass Ungarns öffentliche Meinung es der Regierung nicht tolerieren könnte, wenn sie sich einem, oder dem anderen Staat nähern würde, ohne vorher dieses Problem gelöst zu haben. In Wirklichkeit aber, hätte sich Budapest – in mehreren Fällen, was Jugoslawien angeht – schon mit einer Geste anstatt wahrhaftigen Zugeständnissen zufrieden gegeben, um bessere, freundschaftlichere Beziehungen zu erreichen.⁵

● ● ●

3 Ablonczy Balázs: Teleki Pál. Osiris, 2005, 226. p.

4 A. Sajti Enikő: A sérelmi politikától az együttműködésig. A délvidéki magyarok kisebbségstratégiái (1918-1947) In: Integrációs stratégiák a magyar kisebbségek történetében. Disputationes Samarienses, 7. Fórum Kisebbségkutató Intézet, Somorja, 2006. 12. p

5 Die Quellen, welche das unterstützen, sind in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahren entstanden, aber auf Grund der vorhandenen Dokumente und Kenntnisse der Ereignisse haben wir keinen Grund daran zu zweifeln, dass die ungarischen Regierungen in den zwanziger Jahren einen anderen Standpunkt vertreten

Belgrad jedoch, war selten bereit dazu, die Beziehung zu verbessern, besonders dann nicht, wenn das von den Zugeständnissen gegenüber den Ungarn abhing. Die ungarische Minderheit diente der jugoslawischen Regierung, obwohl das auch eine gewisse Gefahr bedeutete, als gute Ausrede dafür, alle Vorschläge Ungarns, die zu einer effektiven Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen sollten, abzulehnen. Sooft Budapest Vorschläge machte, die zur Verbesserung der Beziehungen führen sollten, diese aber von der Verbesserung der Lage der Minderheit abhängig machte, lehnte diese die Regierung Jugoslawiens mit der Begründung ab, dass es auf die Empfindlichkeit der anderen Staaten der Kleinen Entente achten müsse. Es muss natürlich gesagt werden, dass in Jugoslawiens Innenpolitik viele Nationalprobleme auftauchten, die es dem Staat nicht ermöglichten, den ungarischen Minderheiten Zugeständnisse zu bieten. Dazu kam noch um die zwanziger Jahre der sich immer mehr verstärkende Revisionismus, welcher die jugoslawische Öffentlichkeit den Ungarn gegenüberstellte, de facto gegen Ungarns Politik, die Zugeständnisse verlangte. Es muss aber erwähnt werden, dass in Jugoslawien dieselben Mittel wie in anderen Ost-Mitteuropäischen Ländern vorhanden waren, wodurch man die Öffentlichkeit hätte beeinflussen können, es hing also alles vom politischen Willen ab.

Trotz allem hat man Jugoslawiens Ausreden akzeptiert, wenn es sich wegen des Scheiterns der Lösung dieses Problems auf innen- und außenpolitische Schwierigkeiten berufen hatte. Das liegt daran, dass das Minderheitenproblem in den zwanziger Jahren nur eine zweitrangige Rolle in den Beziehungen zwischen Ungarn und Jugoslawien spielte. Der Wunsch, dass die Minderheiten Zugeständnisse erhalten, bildete nur ein Element in der ungarischen Außenpolitik. Die in Jugoslawien lebende ungarische Minderheit war nur ein Mittel für Budapest dazu, sein wichtigstes außenpolitisches Ziel zu erreichen, und zwar, die

hätten. Am 29. September äußerte Gyula Gömbös dem deutschen Außenminister von Neurath seine feste Überzeugung darüber, dass Ungarn all seine Ansprüche auf einmal weder erreichen noch zur Geltung bringen kann (es stimmt zwar, dass in Deutschland gute zwei Jahre lang dazu bringen wollte H. A.) »Die Fläche der Gebiete, die an Serbien abgetreten worden ist, war am geringsten, kleinsten, so konnte man das am leichtesten überwinden (oder gar, wenn es notwendig gewesen wäre, auf sie verzichten H. A.) Deshalb wäre es sowohl für ihn, wie auch der regierenden politischen Macht am besten, wenn sie die Versöhnung mit Jugoslawien erreichen würden. (A Wilhelmstrasse és Magyarországnak. Német diplomáciai iratok Magyarországról 1933-1944. Szerkesztette. Ránki György, Pamlényi Ervin, Tilkovszky Loránt és Juhász Gyula. Kossuth Kiadó, Budapest, 1968., 109-110. p. Drei Jahre später, im Januar 1938, als sich die ungarische Regierung darum bemühte, eine Garantie von den Deutschen über die ungarisch – jugoslawische Grenze zu bekommen, um sich so eine freie Hand darüber zu sichern, reagierte man etwas schärfer darauf. Der Leiter von Kányas Kabinetbüro István Csáky meinte: die in Jugoslawien lebenden Minderheiten bildeten dort ihre Siedlungen sehr zerstreut, und es wäre auch nicht von außergewöhnlicher Wichtigkeit. Außerdem habe Ungarn jahrzehntelang keine Chancen, diese Gebiete zurückzugewinnen, deshalb verzichte es auf diese schon aus realpolitischen Gründen. *Documents on German Foreign Policy*. HMSO, London, 1953. D/V 241. p.

Auflösung der Kleinen Entente. Indem Ungarn bessere Bedingungen für die in Jugoslawien lebende ungarische Minderheit verlangte, konnte es damit demonstrieren, wie es sich dem Staat näherte, das hätte vermuten lassen, dass sich seine Beziehungen zu Jugoslawien einigermaßen zurechtstellten, und das war ja die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Ungarns außenpolitische Lage verbessert. So diente die Verbesserung der Lage der Minderheiten dem Zweck, dass sich Ungarns außenpolitische Lage verbessert.

Im Allgemeinen war es Budapest, das die Verbesserung der Beziehungen forcierte, und das immer unter der Bedingung, dass man das Minderheitenproblem löst. Andererseits spielte die Frage der Minderheiten überhaupt eine marginale Rolle in den Augen der Leiter der ungarischen Außenpolitik. Man glaubt hier einen Gegensatz zwischen den beiden Behauptungen zu entdecken, das ist aber in Wirklichkeit ganz anders. Dafür gibt es die Erklärung, dass Budapest die Lösung der Frage der Minderheit nur dann als Vorbedingung setzte, wenn die außenpolitische Lage Ungarns so günstig war, das man mit einem gewissen Erfolg rechnen konnte und damit dem Hauptziel nicht gefährdete, oder dann, wenn sich Budapest mit Ungarn überhaupt nicht einigen wollte. Ein Beispiel für die erste Behauptung wäre der Zeitabschnitt um 1937-1938, als man mit der Auflösung der Kleinen Entente mit Sicherheit rechnen konnte. Dann konnte sich der ungarische Außenminister Kálmán Kánya den »Luxus« erlauben, von Jugoslawien der dort lebenden ungarischen Minderheit wesentliche Zugeständnisse zu verlangen, bevor sie einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Beziehungen der beiden Länder getan hätten. Ein Beispiel für die zweite Behauptung wäre, die von Anfang Herbst geführte Politik im Jahre 1926, als schon feststand, dass man sich mit Jugoslawien nicht einigen kann (ohne die Staaten der Kleinen Entente) und so wandte sich die Leitung der ungarischen Außenpolitik an Italien, um mit ihm irgendeine Vereinbarung zu schließen.

Im Frühling 1926 begann sich die Situation zwischen Jugoslawien und Ungarn zu entspannen und beide Staaten versuchten sich einander zu nähern, was vermuten ließ, dass Ungarn sein außenpolitisches Hauptziel erreichen wird, was dazu führen würde, dass sich der Ring der Kleinen Entente um Ungarn lockert. Nachdem aber Budapest gemerkt hatte, dass Italien ein großes Interesse für Ungarn zeigte, als es seine Beziehungen zu Belgrad sah, ließ Ungarn Belgrad einfach »fallen« und wandte sich Rom zu, versuchte dessen Unterstützung zu gewinnen. Aus dieser Zeit, aus dem Jahre 1926 (Oktober) stammen auch diejenigen offiziellen diplomatischen Schriften, in denen Ungarn das erste Mal die Verbesserung der Lage der Minderheiten in Jugoslawien verlangte (mindestens nach meinen Quellenforschungen). Als aber der ungarischen Regierung klar wurde, dass aus der Sondervereinbarung zwischen Ungarn und Jugoslawien nichts wird, erwähnte Budapest die Lösung des Minderheitenproblems. Das wollte Ungarn jedoch nicht in schriftlicher Form oder durch Verhandlungen tun, es wollte keinen

Vertrag, keine Vereinbarung oder gar formale Verhandlungen darüber führen, sondern eher durch freundschaftliche Gespräche verwirklichen. Die ungarische Regierung war sich dessen bewusst, dass die Frage der Minderheit eine sehr peinliche Frage für Jugoslawien ist, und dass die jugoslawische Regierung auch auf die öffentliche Meinung Rücksicht haben muss, und das gerade in einer Zeit, die man auch als Zeit »des nationalen Entflammens« bezeichnen könnte.⁶ Die Probleme der jugoslawischen Regierung in Betracht ziehend verzichtete die ungarische Regierung darauf, dass die Frage der Minderheit durch ein Abkommen geregelt wird, und wollte auch nichts ähnliches verlangen, was die jugoslawische Öffentlichkeit so auffassen könnte, dass sie sich in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens einmischen wolle. Ungarn wies jedoch darauf hin, dass es über die Beschwerden der in Jugoslawien lebenden Minderheit sehr beunruhigt sei, und dass, man so nicht erwarten könne, dass die Völker der beiden Staaten einander gegenüber mehr Verständnis zeigen. In Budapest war man der Auffassung, dass Jugoslawien diese Frage betreffend ganz spontan auftreten müsste, um so eine Atmosphäre zu schaffen, die zur Verbesserung dieser Situation führen könnte. Damit im Zusammenhang äußerte sich der Außenminister folgendermaßen: die ungarische Regierung vertritt den Standpunkt, dass die in Jugoslawien lebenden Ungarn loyalen Bürger ihrer Heimat sein sollen, aber Jugoslawien soll ihnen das Minimum der Rechte sichern, welches ihnen auf Grund des Internationalen Vertrages zusteht, dass sie nämlich ihre Muttersprache frei verwenden und sie ihre Kultur weiterpflegen.⁷

Die Art und Weise, wie man diese Frage lösen könnte, betrachteten beide Staaten ganz verschieden. Ungarn hielt diese zwei Möglichkeiten für gut: entweder vereinbaren sich die betroffenen Staaten mit den Vertretern der Minderheiten, die auf ihren Gebieten leben, doch für die Einhaltung dieser Vereinbarung würde ein anderes Land sorgen, oder Ungarn würde mit den Nachbarländern Minderheitsverträge abschließen, welche zu den schiedsgerichtlichen Vereinbarungen gehören würden, und deren Einhaltung wäre dann auch schiedsgerichtliche Zuständigkeit, Kompetenz.⁸ Jugoslawien, jedoch wollte keine der beiden Möglichkeiten annehmen (hier würde ich erwähnen, dass sich Ungarn seiner Minderheitenprobleme betreffend ähnlich verhalten hat). Jugoslawien vertritt die Meinung, dass die Zugeständnisse für die Minderheiten nur einseitig sein dürften, da die Staaten der Kleinen Entente mit Ungarn über

• • •

6 MOL K64-16t-1927-667 (Ungarisches Staatsarchiv des Außenministeriums) Der Informationsbericht vom ungarischen Außenminister Lajos Walko an András Hory, den ungarischen Gesandten in Belgrad 16. Oktober 1926

7 Ebd.

8 Außenministerium des Ungarischen Staatsarchivs (MOL.K) 64. res. pol. 1926-17-2/res. Aufzeichnungen über die Gespräche von Bethlen und Chamberlain. 12. Dezember 1926.

dieses Problem keine direkten Verträge abgeschlossen hätten. Es stimmt zwar, dass alle drei Staaten, Verträge der Minderheiten betreffend unterzeichnet hatten, aber diese Verträge wurden nicht mit Ungarn abgeschlossen, sondern mit den Großmachtstaaten. Daher folgt also, äußerte sich Jugoslawien, dass die ungarische Minderheit alle, die ihr durch diesen Vertrag zustehenden Rechte genießen könne, aber deren Kontrolle, Schutz wäre die Aufgabe der Großmachtstaaten, die diesen Vertrag unterschrieben haben, besser gesagt, des Völkerbundes, und nicht die Aufgabe Ungarns.⁹

Wegen all der vorher erwähnten Gründe können wir von einem organisierten Auftreten Ungarns, welches sich auf die Verbesserung der Situation der in Jugoslawien lebenden Minderheit richtete, erst ab 1929 sprechen, als es sich nämlich auf Internationalen Foren beim Völkerbund mit dieser Frage beschäftigte, und als es sich mit Petitionen an die Internationale Organisation wandte. Nicht einmal jetzt hatte die Regierung die Beschwerden-Eingabe formulieren können, sie hatte dazu keine Berechtigung, sondern Imre Prokopy der letzte Obergespan des damaligen Komitats Bács-Bodrog hat die Beschwerden-Eingabe im Einklang mit dem Außenministerium formuliert, und natürlich auch auf die Hinweisungen des Außenministeriums. Diese Entscheidung, sich an die Internationale Organisation zu wenden, brachte die ungarische Regierung nicht von einem Tag auf den anderen. Es handelte sich hier um einen gut durchdachten, lange vorbereiteten Teil eines Plans, und bereits 1928 brachte Ungarn den Entschluss, sich an den Völkerbund zu wenden, um von dorthier Hilfe für die Lösung dieses Problems zu bekommen.¹⁰ Die Ungarische Regierung hielt es für wichtig, den Völkerbund mit dem Thema bekannt zu machen, bevor Imre Prokopy die »Petition-Reihe« einreicht. Deswegen wollte Bethlen, der Ministerpräsident die Prozedur über die Beschwerden der Minderheit beim Völkerbund verändern. Der ungarische

• • •

9 Als im Mai 1922 auf der Tagesordnung der Tagung des Völkerbundes ursprünglich auch die Erklärung der Konferenz von Genua stand, reagierten die Jugoslawen sofort darauf. Sie meinten, dieser Punkt der Tagesordnung könnte den Schein haben, als wenn der ungarischen und bulgarischen Regierung das Recht anerkannt sei, sich betreffs der Konventionen, was die Minderheiten angeht, zu erkundigen und sogar als Initiator auftreten zu können. Jugoslawien war der Ansicht, dass man diese Konventionen, wie die Vereinbarungen die sich auf das staatliche Prestige und die Souveränität beziehen, nur unter engsten Grenzen, im engsten Kreis behandeln muss. Gerade deshalb wandte sich der jugoslawische Gesandte an das Sekretariat des Völkerbundes, wo man ihm versprochen hat, die Wörter ungarisch und bulgarisch aus dem Text der Erklärung herauszunehmen, und nur das Wort Minderheiten im Text zu lassen. Der jugoslawische Gesandte gab sich aber damit nicht zufrieden, wandte sich an den Leiter der betroffenen Abteilung und erreichte nun, dass die Tagesordnung so heißen soll: »Die Erklärung der Konferenz von Genua« AJ 395-7-78 Aufzeichnungen von M. Bošković, Beamten des Außenministeriums, an den Außenminister.

10 Bethlen teilte schon im Dezember 1928 Schumann, dem deutschen Vizeaußenminister mit, dass Ungarn betreffs der Minderheitenfrage im folgenden Jahr bei dem Völkerbund mehrere Petitionen einreichen wird. *Iratok az ellenforradalom történetéhez 1919-1945*. IV. kötet. A kötet forrásanyagát összeállította és jegyzetekkel ellátta Karsai Elek, Kossuth Kiadó, Budapest, 1967., 242. p. (im weiteren Iratok IV.) Bethlens Aufzeichnungen über die Verhandlungen mit Stresemann. Am 13. Dezember 1928.

Ministerpräsident hielt es für wichtig, drei Prinzipien zu verwirklichen: a) mit den Beschwerden der Minderheiten sollte sich eine solche Kommission beschäftigen, die nicht von den Vertretern des betroffenen Landes gebildet wird, sondern diese Kommission sollte auf das Schema der Fach- und Finanzkommissionen gebildet werden, also um die Beschwerden sollte sich eine sachverständige Kommission kümmern, b) was die Frage der Minderheiten angeht, soll ein kontradiktorisches Verfahren ermöglicht werden, wenn das nicht erreichbar ist, so sollte den Petition Einreichenden mindestens das ermöglicht werden, dass sie sich auch ein zweites Mal zum Thema äußern könnten, c) es soll ein öffentliches Verfahren in diesem Fall geben.¹¹

Die am 6. Januar 1929 in Jugoslawien, unter der Königsdiktatur Alexander I. eingeführten ungünstigen Anordnungen, die sich auf die Minderheit bezogen, bedeuten einen günstigen Augenblick für Ungarn, mit der »Petionen-Aktion« zu beginnen. Am 20. November 1929 wurde die erste Petition von Ungarn beim Völkerbund eingereicht. Zwischen November 1929 und Februar 1933 hat Prokopy insgesamt 20 Petitionen und drei Ergänzungen beim Völkerbund eingereicht, vor allem wegen der Beschwerden, die mit dem Schulsystem, mit dem Gebrauch der Muttersprache, mit der Kulturpflege der Minderheiten im Zusammenhang standen, und auch wegen der Entlassung der ungarischen Staatsbeamten.¹² Im Hintergrund dieses Handelns verbarg sich wahrscheinlich das Ziel Ungarns, dass es erreicht, dass die Vertreter der Minderheit in Jugoslawien an Internationalen Foren auftreten und die immer stärker werdende Revision-Propaganda unterstützen, und dass sie beim Völkerbund ihre Beschwerden, was die Verletzung ihrer Minderheitenrechte angeht, dokumentieren, schließlich gab es bei der Internationalen Organisation bis dahin kaum welche Angaben über solche Beschwerden.¹³ Belgrad war von diesen Petitionen nicht begeistert, obwohl nun Seitens Jugoslawiens das Minderheitenproblem scheinbar in den Mittelpunkt der Beziehungen der beiden Staaten geriet, ging es hier viel mehr um wirtschaftliche Fragen, die die ungarisch-jugoslawischen Beziehungen bestimmten.¹⁴ Es war wichtiger, sich über den Weizen- und Maisexport zu einigen, und damit sich nun beim Verkauf dieser, die zwei Staaten einander keine Konkurrenz bildeten, bemühten sie sich einen paritätischen Preis in der Welt zu sichern, das erwies sich als wichtigere Frage, als die der Lage der Minderheit.

• • •

11 Iratok. IV. 289. p. Bethlens Gesprächsvorbereitungen auf das Treffen mit Briand. 28. Mai 1929.

12 Sajti Enikő: *Impériumváltások, revízió, kisebbség. Magyarok a Délvidéken 1918-1947*. Napvilág Kiadó. 2004. 108-119. pp.

13 Ebd. 115.p.

14 Vuk Vinaver. *Jugoslavija i Mađarska 1918-1933*. Institut za savremenu istoriju, Beograd, 1971. 551. p.

Die Frage der Minderheiten wurde erst ab Mitte der dreißiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts in den Vordergrund gerückt. Die Lage der Doppel-Gutsbesitzer, deren Landgüter durch die Trianoner Grenzenlinie in zwei Teile getrennt worden sind, wurde 1926 seitens Jugoslawien durch eine der Anlagen des in Belgrad abgeschlossenen Handelsvertrages geregelt. Nach dieser Anordnung konnten die Doppel-Gutsbesitzer die Grenze frei überschreiten, und ihre landwirtschaftlichen Produkte über die Grenze bringen. Diese Anordnung war aber nur bis Mai 1932 gültig, und der ungarischen Regierung ist es in Belgrad gegen all ihre Bemühungen nicht gelungen, dieses Abkommen zu verlängern. Die Belgrader Regierung wollte nämlich diese Institution der Doppel-Gutsbesitztümer auflösen, was sie auch auf indirekter Art und Weise den Ungarn zur Kenntnis bringen wollte. Wegen der strengeren Grenzkontrolle seitens Jugoslawiens kamen immer häufiger ernsthafte, schwere Inzidenzfälle an der Grenze vor. Zwischen dem 5. Februar 1930 und dem 20. Oktober 1933 kam es zu 20 schweren und 9 Todesopfer fordernden Waffeninzidenzfällen an der Grenze, diese Opfer waren Ungarn oder jugoslawische Staatsangehörige ungarischer Nationalität.¹⁵ Später erklärte Jugoslawien auch ganz offen, dass es die Doppel-Gutsbesitztümer auflösen will. Der jugoslawische Vizeaußenminister Božidar Purić äußerte sich am 9. Mai 1943 dem ungarischen Botschafter Waldemár Alth folgendermaßen, dass Jugoslawien die Doppel-Besitztümer mit Ungarn auflösen möchte, genauso, wie es das mit Bulgarien getan hat. Er erklärte weiterhin, dass seine Regierung gegen dieses ständige Grenzenüberschreiten der Doppel-Gutsbesitzer sei, da Jugoslawien solche Angaben besäße, die beweisen, dass ungefähr 100.000 Menschen, teils ungarische teils jugoslawische Staatsangehörige (aber vor allem Ungarn H.A.) die Grenze überschreiten, was selbstverständlich auch zu Inzidenzfällen führt. Nebenbei würde das die Fiktion auslösen, als ob die Grenze nicht endgültig bestimmt, festgelegt worden wäre. Er leugnete auch die Tatsache nicht ab, dass man mit den ständigen Belästigungen (Vexationen) das erreichen möchte, dass die Doppel-Gutsbesitzer ihre Güter verkaufen. Nach Purićs Informationen hatten die ungarischen Doppel-Gutsbesitzer 9000 Hektar Feld, die jugoslawischen Doppel-Gutsbesitzer aber 7000 Hektar Feld im Besitz. Er meinte weiter, dass man diese Felder leicht austauschen könnte oder die Besitzer leicht entschädigen könnte. Auch wenn man auf diese Art und Weise nicht alle Doppel-Gutbesitztümer loswerden könnte, würde deren Zahl so gering werden, dass sie keine entscheidende Rolle mehr spielen würden. Zuletzt fügte er noch hinzu, dass die jugoslawische Regierung die Bildung von gemischten Kommissionen empfiehlt,

● ● ●

15 MOL. (Ungarisches Staatsarchiv .Außenministerium) K63-1934-16/7 170/pol/1934. Aufzeichnung 10. Januar 1934.

damit diese die Auflösung, Liquidierung dieser Besitztümer erledigen und sich mit dem Austausch der Doppel-Gutsbesitztümer oder der Entschädigung solcher Gutsbesitzer beschäftigen.¹⁶ Das war nun für Ungarn zuviel, vermutlich veranlasste dieser Schritt Jugoslawiens Ungarn dazu, dass es in Genf sein Recht sucht. Am 12. Mai 1934 wandte sich Ungarn an den Völkerbund, um dort Hilfe gegen diese Übergriffe an der ungarisch-jugoslawischen Grenze zu bekommen.

Unter dem Einfluss der Großmachtstaaten begannen Jugoslawien und Ungarn am 20. Juni 1934 in Belgrad mit einer Reihe von Verhandlungen, um diese Fragen zu lösen. Diese Verhandlungen endeten mit einer aus drei Dokumenten bestehenden Vereinbarung, welche den Sieg der ungarischen Diplomatie schildert. Jugoslawien war bereit, den an den Grenzen lebenden Gutsbesitzern verschiedene Erleichterungen zu bieten, und beide Länder erklärten sich dazu bereit, in Inzidenzfällen, wie bei Verletzungen oder Todesfällen an der Grenze, die beauftragten Vertreter der Behörde des anderen Landes 500 Meter innerhalb der Grenzenlinie in ihr Land zu lassen, damit sie dort Ermittlungen durchführen. In einem vertraulichen Protokoll überließ Ungarn Jugoslawien die Aufgabe, solche Maßnahmen zu bringen, die die Todesfälle an der Grenze verhindern sollten, und Jugoslawien verlangte von Ungarn solche Maßnahmen zu treffen, die zur Beschränkung der kroatischen Emigration führen sollten.¹⁷

Nach all dem tauchte das Problem der ungarischen Minderheit in den ungarisch-jugoslawischen Beziehungen immer häufiger auf. Zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem Marseiller Attentat, als Budapest in einer sehr unangenehmen Lage war, da der Verdacht auftauchte, dass Ungarn bei diesem Attentat indirekt Hilfe geleistet haben soll, so verlangte jetzt Jugoslawien vom Völkerbund, dass es Ungarns Verantwortung dabei feststellt. Belgrad begann gleichzeitig damit die in Jugoslawien arbeitenden ungarischen Staatsbürger und diejenigen, die keine Staatsbürgerschaft besaßen aus dem Land auszuweisen, ungefähr 3000 Menschen wurden so aus dem Land ausgewiesen. Diese Tat entsetzte die öffentliche Meinung der Welt, wodurch Ungarn in eine günstige Lage geriet, was es auch maximal auszunützen versuchte. Jetzt drohte Ungarn, indem es Jugoslawien an die Prokopy-Petitionen erinnerte, seine Beschwerden der ungarischen Minderheit betreffend und der aus Jugoslawien ausgewiesenen Ungarn betreffend, beim Völkerbund einzureichen, insofern Jugoslawien mit seiner Propaganda gegen Ungarn nicht aufhören sollte.¹⁸ Dazu kam es jedoch nicht.

● ● ●

16 MOL K69-671-1934-I-O-10 1481/pol. Alth-s Bericht 9. Mai 1934.

17 MOL K 63-1934-16/7 2536/pol/1934. Der Bericht des Außenministeriums an die ungarische Botschaft in Belgrad über die Ergebnisse der Maßnahmen, die zur Beseitigung der Inzidenzfälle an der ungarisch-jugoslawischen Grenze führen sollten.

18 MOL K 63-132-1935-16/1 299/935.

Nachdem sich die Gemüter beruhigt hatten, folgte eine Zeit ohne Ereignisse in der Außenpolitik der beiden Staaten. Es kam zu Veränderungen, als Milan Stojadinović an die Macht kam, der die Möglichkeit der Verbesserung der ungarisch-jugoslawischen Beziehungen aufwarf.¹⁹ Obwohl beide Staaten bereit waren, sich einander zu nähern, warteten beide Länder auf den Abschluss des Aix-en-Provencer Prozesses des Marseiller Attentates betreffend, ehe sie konkrete Schritte zur Annäherung zueinander taten. Den ersten Schritt tat wieder Stojadinović, indem er versprach, nach dem Abschluss des Prozesses die Annäherung der beiden Staaten zueinander »par étapes« weiterzuentwickeln, und als erstes würde er dann die vom ungarischen Botschafter aufgezählten Einwände betreffs der ungünstigen Lage der in Jugoslawien lebenden Minderheit untersuchen lassen.²⁰

Man könnte diese schnellen Veränderungen für etwas ungewöhnlich halten. Man darf jedoch nicht vergessen, dass hinter diesen Gesten, die die Verbesserung der ungarisch-jugoslawischen Beziehungen forcierten, ein Großmachtstaat stand, und zwar Deutschland. Berlin wollte erreichen, dass sich diese zwei Staaten einander annähern, um seine eigenen außenpolitischen Ziele zu verwirklichen. Die ungarische Regierung war bereit, ihre Beziehungen zu Jugoslawien zu verbessern, hielt es aber für besser, dass die deutsche Regierung in diesem Fall anstatt direkt zu vermitteln, einen Druck auf Jugoslawien ausübt, damit Jugoslawien mehr Verständnis gegenüber Ungarns Wünsche aufweist, besonders, was die Frage der Minderheit angeht. Deutschland verschloss sich auch vor dieser Bitte nicht, wollte aber, um im Erfolg seiner Vermittlung sicher zu sein, die Forderungen Ungarns kennen lernen.²¹

Die ungarische Regierung hielt es für wichtig, die Beschwerden der ungarischen Minderheit zu lösen, und die Nachteile, die die ungarische Minderheit im Vergleich zu den deutschen und rumänischen Minderheiten hatte, abzu-

• • •

19 Am 19. Juli 1935 hat der jugoslawische Botschafter in Budapest, Aleksander Vukčević, im Auftrag seines Ministerpräsidenten Kánya davon informiert, dass sich in Jugoslawien die Auffassung über Ungarn wesentlich geändert habe, dass man eine bessere Auffassung über Ungarn hätte, gleichzeitig hat er anerkannt, dass sowohl die ungarischen Politiker und ungarische Presse als auch die jugoslawischen Politiker und die jugoslawische Presse im Marseiller Fall etwas übertrieben haben. MOL K 63-137-1935-16/7 2345.sz.

20 MOL K63-137-1936-16/7. 42/pol-1936. Gespräch des ungarischen Botschafters in Belgrad, Waldemár Alth, mit Stojadinović am 28. Februar 1936.

21 Am 27. Januar 1936 hat Göring den ungarischen Botschafter ausdrücklich darum gebeten: die ungarische Regierung soll in einigen Punkten ihre Wünsche gegenüber Jugoslawien aufzählen, das aber dermaßen reduziert, dass man sie verwirklichen könne, und er wird dann versuchen, Wirkung auf Jugoslawien auszuüben. MOL K 63-137-1936-16/7 400/pol-1936 Sztójay übergab Göring am 6. März die gewünschte Liste, auf der in Punkten die Schwierigkeiten zwischen Ungarn und Jugoslawien zusammengefasst worden sind. Auf Grund deutscher Aufzeichnungen ging es hier hauptsächlich um Forderungen, die die Minderheit betreffen, Fragen die den Pass angehen und damit im Zusammenhang die Grenzenüberschreitung, aber keineswegs wurden hier territoriale Fragen erwähnt.

schaffen. Budapest meinte, dass man dieses Problem am besten mit einem Minderheitenvertrag lösen könnte. Für einen solchen Vertrag gab es aber noch keine günstigen Bedingungen. Ausgehend von dem schon früher beschriebenen jugoslawischen Standpunkt, - was auch die ungarische Regierung gut kannte - war es ganz offensichtlich, dass es sich hier um einen politischen Ballon handelt. Das sah auch Jugoslawien ein, und Stojadinović lehnte mit einem Scherz den Vorschlag betreffs des Vertrages ab: »Wozu brauchen wir Verträge, mit den Deutschen kommen wir auch gut aus, und mit ihnen haben wir auch keinen Vertrag geschlossen.«²²

Obwohl beide Staaten bereit waren, sich einander zu nähern²³ hielt es Jugoslawien für wichtig, Ungarn darauf aufmerksam zu machen, dass die Annäherungspolitik, die sich Stojadinović so sehr wünschte, nicht von einem Tag auf den anderen zu Veränderungen in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten führen kann. Die Beziehungen müssten sich langsam, stufenweise verbessern, Ungarn müsste sich zuerst mit kleineren Zugeständnissen zufrieden geben. »Ungarn und Jugoslawien seien durch zahlreiche Fäden miteinander verbunden, sie seien wirtschaftlich aufeinander angewiesen, außerdem drohe ihnen beiden dieselbe Gefahr, und zwar der Bolschewismus, so ist die Annäherungspolitik nicht nur erwünscht, sondern auch notwendig. Die Ungarn müssten den Geist des jugoslawischen Volkes verstehen. Es ist ein primitives Volk, das sich von seinem lebhaften Temperament frei treiben lässt, was oft brutal wirken mag. Darüber dürfte man sich aber nicht empören. Sie (Jugoslawien) (das Außenministerium - H.Á.) würden sich immer darum bemühen, diese Hindernisse zu eliminieren, zu bewältigen.«²⁴ Indem sich die Beziehungen zwischen den zwei Ländern verschlechtert hatten, tauchten vielerlei Probleme auf, die Behörden seien misstrauisch, die Exekutivorgane oft bösgesinnt. Wegen dieser Gründe müsse die in Jugoslawien lebende Minderheit Unrecht erleiden. All dies wird jedoch vorübergehen, wenn sich zwischen den beiden Staaten freundschaftliche Beziehungen entwickeln. Das bezieht sich nicht nur auf die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen,

• • •

22 DIMK II 185-186. p. Aufzeichnungen des Außenministeriums über die jugoslawisch-ungarische Annäherung, Januar 1937

23 Die Ungarische Regierung war bereit, Stojadinovićs Wunsch zu erfüllen, und auf Jugoslawien Rücksicht zu nehmen, was die territorialen Fragen angeht. (MOL K 63-138-1936-16/25 2671/po/1936. Bled, 1. August 1936) Kánya wollte erreichen, dass Stojadinović der ungarischen Minderheit in Jugoslawien dieselben Rechte sichert, welche die rumänische Minderheit genießen konnte. *Ebd.* Das hielt er durch eine ähnliche Vereinbarung für möglich, die man auf das Beispiel des rumänisch-jugoslawischen Vertrages schließen sollte. Das wies Stojadinović jedoch ab, da Rumänien ein verbündeter Staat war und im Gegensatz zu Ungarn, keine Grenzenprobleme mit Jugoslawien hatte.

24 Alths Bericht vom 22 August 1936 über das Gespräch von Ivo Andrić, dem Leiter der politischen Abteilung des Außenministeriums und einem Beamten der ungarischen Delegation. MOL K63-141-1938-16/7 178/pol-1936. Bled 1936.

auf den Aufschwung des Warenaustausches, sondern auch auf die Verbesserung der Lage der in Jugoslawien lebenden ungarischen Minderheit.²⁵

Ab 1937 hatte Ungarn verhältnismäßig eine günstige außenpolitische Lage. Das ist auch trotz all dessen wahr, wenn sich die Nachwelt, und im gewissen Sinne auch einige Zeitgenossen der immer mehr drohenden Gefahr vom Deutschen Reich her, bewusst waren. Es ist nicht zu verleugnen, dass Berlin, so ähnlich wie Ungarn, an der Auflösung der Kleinen Entente arbeitete, und mindestens von einer Seite her, gegen die Tschechoslowakei die Revision unterstützte. Was aber die anderen zwei Länder betrifft, hat es Ungarn zu einer Vereinbarung bewegt. Dasselbe zu tun, forderte es Bukarest und Belgrad auf. Was Ungarns Politik zu seinen Nachbarländern angeht, vertritt die italienische Regierung eine ähnliche Meinung, wie die deutsche Regierung, mit einem Unterschied, dass Mussolini die Vereinbarung zwischen Bukarest und Budapest für wichtiger hielt, als die Versöhnung mit Belgrad. Man muss aber auch die Tatsache erwähnen, dass Großbritannien, das keinen Unterschied zwischen den Staaten der Kleinen Entente machte, Ungarn dazu bewegte, mit all seinen drei Nachbarländern eine Vereinbarung zu schließen und freundschaftliche Beziehungen zu ihnen zu entwickeln, dasselbe galt auch vice versa. Londons Gutmütigkeit war jedoch für alle drei Staaten von großer Bedeutung. Wenn wir nun davon ausgehen, dass wirklich nur Ungarn ernste territoriale Ansprüche hatte, obwohl die Revision und die Zurückgabe der Territorien nicht das Thema der Verhandlungen bildeten, geriet jetzt Budapest in eine günstigere Lage als vorher. Es musste nur darauf achten, dass es mit seinen Forderungen nicht übertreibt, damit man von Ungarn nicht denkt, dass es unmöglich sei, mit diesem Land eine Vereinbarung zu schließen.

Auf Grund der vorher erwähnten Tatsachen, kann man die im Jahre 1937 begonnenen Verhandlungen der Kleinen Entente bewerten. Am Anfang des Jahres 1937 haben die Vertreter alle drei Staaten der Kleinen Entente, von einander unabhängig, Ungarn aufgesucht, und es zu Verhandlungen mit ihren Staaten aufgefordert.²⁶ Ungarn hat dann von den Staaten der Kleinen Entente ausschließlich mit Jugoslawien Verhandlungen begonnen. In diesen Verhandlungen ging es auch um die Frage der Minderheit. Es wurde auch erwähnt, dass die ungarische Regierung eine Deklaration ausgibt, wodurch dann Stojanović der ungarischen Minderheit gegenüber eine Geste aufweisen könnte. Die ungarische Regierung

• • •

²⁵ Ebd.

²⁶ Die ungarische Regierung wies zuerst alle Verhandlungsmöglichkeiten ab, die sich auf dieses Thema bezogen. Später war die ungarische Regierung, nachdem sie sich alles noch einmal gründlich überlegt hat, und sich informiert hat, dennoch zu Verhandlungen bereit, ihre Verhandlungsbereitschaft mit einem Land hing aber davon ab, inwiefern das Land (welches mit Ungarn verhandeln wollte) Deutschlands Unterstützung genoss, damit Ungarn seine Revisionsabsichten besser verwirklicht. DIMK. II. 183-209.p. Gyula Juhász: *Ungarns Außenpolitik von 1919-1945*. Budapest, 1988. 164-167. p.

hat eine Aufzeichnung angefertigt, in der sie ihre Wünsche der Minderheit betreffend zusammenfasste. Im Memorandum war die Regelung der Schulangelegenheit von großer Bedeutung, weiterhin legte man großen Wert darauf, dass die Zahl der ungarischen Vertreter in den Stadt- und Gemeindeselbstverwaltungen aufgrund der Zahl der in der Stadt oder Gemeinde lebenden Ungarn bestimmt wird.²⁷ Der jugoslawische Ministerpräsident war bereit, von Schritt für Schritt der ungarischen Minderheit Erleichterungen zu bieten, wies aber entschlossen ab, dass sich die ungarische Regierung in die Frage der Minderheit einmischt. Er insistierte darauf. Vergeblich versuchte Neurath, der deutsche Außenminister, der sich um die Annäherung der beiden Staaten bemühte, Stojadinović davon zu überzeugen, dass auch das Minderheitenproblem ein solches Thema ist, welches die Staaten gemeinsam besprechen müssen, dass auch solche Verhandlungen ihre Wichtigkeit und Bedeutung haben. Was diese Frage angeht, wies Jugoslawien alles ab, was nur den geringsten Schein haben könnte, dass man sich in seine Innenpolitik einmischt, da es ja schließlich die Minderheitenfrage als sein Inneres betrachtete. Die jugoslawische Regierung vertritt weiterhin denselben Standpunkt über diese Frage, dass sie über diese Frage mit der ungarischen Regierung nicht verhandelt, da Ungarn kein Recht darauf hat, die Interessen der ungarischen Minderheit in Jugoslawien zu vertreten.

Im Sommer 1937 kam es wieder zu häufigeren Verhandlungen zwischen den Staaten der Kleinen Entente und Ungarn. Es ging hier um die Rüstungsgleichheit, und auf die Initiative Ungarns, um die Lösung der Minderheitenfrage, nun aber in offizieller Form. Nachdem über die Anerkennung, oder Nicht-Anerkennung der Rüstungsgleichheit verhandelt worden war,²⁸ ging es in den Verhandlungen hauptsächlich um die Minderheitenfrage. Ungarn versuchte seine Handlungspartner davon zu überzeugen, dass allein die Anerkennung der Rüstungsgleichheit, und dazu noch die Deklaration Ungarns, indem es sich äußert, dass es gegen seine Nachbarländer keine Aggression verwendet noch nicht zur Verbesserung der Beziehungen führen kann. In der Beziehung zwischen den Ländern würde es weiterhin eine Spannung geben, diese Spannung würde aber nicht die Rüstungsfrage auslösen, sondern die Art und Weise, wie die ungarischen Minderheiten in den Nachfolgestaaten behandelt werden. Bis man in den Nachfolgestaaten mit den ungarischen Minderheiten nicht besser umgeht, oder von deren Regierung Ungarn keine Garantie davon bekommt, dass man sich um die Verbesserung der Lage der Minderheiten bemühe, würde es die ungarische öffentliche Meinung nicht dulden, dass die ungarische Regierung auch irgendeine Geste den Nachfolgestaaten gegenüber aufweist. Die Kleine Entente

• • •

²⁷ DIMK.II. 215-216. p. Das sich auf die Minderheiten beziehende Memorandum 20. März 1937.

²⁸ DIMK. II. 234. Bárdossys Bericht über seine mit Antonescu geführten Gespräche. 31. August 1937.

vertrat jedoch die Meinung, dass man zuerst die öffentliche Meinung im eigenen Land beruhigen muss, und erst dann könne man den Weg zur Lösung der Minderheitenprobleme finden. Das alles hängt aber von der Verwirklichung einer freundschaftlichen Atmosphäre ab.²⁹ Es kam hier eine der »Falle 22« ähnliche Situation zustande.

Nachdem diese Verhandlungen abgebrochen worden waren, wollte Budapest im Spätherbst 1937 durch deutsche Vermittlung die Verbindung zu Belgrad wieder aufnehmen. Es wurde auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass Ungarn unter den Staaten der Kleinen Entente einzig allein nur Jugoslawien die Grenzen anerkennt³⁰, was ich schon ausführlich in der Einleitung erwähnte. Warum die ungarische Regierung gerade diese Grenzen anerkannt hätte, kann nur teilweise damit erklärt werden, dass Ungarn nur die kleinste Fläche seines Territoriums an Jugoslawien abtreten musste, und so die Zahl der vom Mutterland getrennten Ungarn, die in Jugoslawien leben mussten, am geringsten war. Dass Ungarn einen solchen Entschluss brachte, hängt vermutlich im großen Maße von der Tatsache ab, dass es durch deutsche Vermittlung zu solchen Informationen gekommen ist, dass Stojadinović der Auffassung war, dass die Hauptaufgabe der Kleinen Entente die Verteidigung vor Ungarn sei, und dass sich Stojadinović bereits Anfang Juni 1937 Neurath so äußerte, dass die Notwendigkeit des Bestehens der Kleinen Entente ihre Bedeutung verliert, sobald Ungarn all seine Revisionansprüche aufgibt.³¹ Sobald sich Jugoslawien und Ungarn einigen, hat Stojadinović kein Interesse mehr an der Kleinen Entente – gab Neurath die Information an Budapest weiter.³² Also hat man im ungarischen Außenministerium mit Recht denken können, dass man den richtigen Weg zur Auflösung der Kleinen Entente gewählt hatte, als man vom ersten Moment an, als die Kleine Entente gegründet worden war, deren Auflösung durch die Jugoslawen erreichen wollte.

Kánya war sogar dazu bereit, Jugoslawien das Zugeständnis zu geben, dass er seine territorialen Ansprüche nicht als kriegsbedingt betrachtet, wenn

• • •

29 Stojadinović vertrat auch die Meinung, dass es sich nicht lohnen würde, solche Abkommen zu fassen, die zu viel versprechen. Man müsste zuerst die Vereinbarungen annehmen, die auch zu verwirklichen sind, und danach würde sich auch die Lage der Minderheit verändern. DIMK.II. 356. p. Bericht von Bárdossy an Kánya. 05. Mai 1938.

30 Wilhelmstrasse. 243. p. Weizsäckers Aufzeichnungen über die mit Bakach-Bessenyei geführten Gespräche. 24. November 1937.

31 Es ist nicht zufällig, dass sich unter den Regierungen der Staaten der Kleinen Entente eben die Regierung Jugoslawiens so äußerte, schließlich war Jugoslawien in einer viel besseren Position, als die anderen Staaten der Kleinen Entente, und ihre außenpolitische Lage war auch viel besser.

32 DGFP. C/6. 834-835. p Neuraths Aufzeichnung am 7. Juni 1937, Göring hat schon im Oktober 1936 Kánya darüber informiert, dass Stojadinović im Laufe der Zeit aus der Kleinen Entente austreten möchte. DIMK. I. 280. p. Tagesbericht über Kánya und Görings Gespräch am 11. Oktober 1936.

Jugoslawien der ungarischen Minderheit eine kulturelle Autonomie ermöglicht.³³ Als nun um 1937-1938 das militärische Auftreten gegen die Tschechoslowakei an die Tagesordnung gesetzt worden war, erklärte István Csáky, der ungarische Kabinettleiter des Außenministeriums dem deutschen Staatssekretär Bohle, dass Ungarn dem deutschen Beispiel beim Einmarsch in die Tschechoslowakei nur dann folgen könne, wenn Ungarn eine absolute Garantie dafür bekommt, dass es von Jugoslawien nicht angegriffen wird. Da dieser gleichzeitige Angriff mit Ungarn gegen die Tschechoslowakei für Deutschland sehr vorteilhaft wäre, wünschte sich die ungarische Regierung, dass ihr Deutschland eine militärische Garantie für die *jetzige* ungarisch-jugoslawische Grenze bietet (- auch im originalen Text so hervorgehoben – H. A.) Neben einer solchen Garantie wäre Ungarn dazu bereit, auf die Gebiete, die Jugoslawien von Ungarn bekommen hat, *für ewige Zeiten* zu verzichten (- auch im originalen Text so hervorgehoben – H. A.)³⁴ Obwohl Berlin einen sehr großen Wert auf die Normalisierung der ungarisch-jugoslawischen Beziehungen legte, nahm man in der Wilhelmstrasse das Angebot des ungarischen Außenministers nicht an. Was nun die Auflösung der Kleinen Entente angeht, musste Ungarn wieder den traditionellen Weg wählen.

Die Verhandlungen zwischen Ungarn und der Kleinen Entente nahmen im April 1938 wieder einen Aufschwung. Die ungarische Regierung wollte auch in dieser Verhandlungsphase hauptsächlich mit Rumänien und Jugoslawien verhandeln, und sich mit ihnen einigen. Die ungarische Regierung wollte jedoch das Inkrafttreten dieser eventuellen Einigung vom später folgenden Anschluss der Tschechoslowakei abhängig machen. Zwischen Budapest, Belgrad und Bukarest gab es jetzt immer öfter Verhandlungen, auf denen es hauptsächlich um die Minderheitenfrage ging. Es sah jetzt so aus, als wollte Stojadinović die Beziehungen seines Landes zu Ungarn wirklich verbessern, und war sogar dazu bereit, der ungarischen Minderheit kleinere Zugeständnisse zu geben. Der ungarische Botschafter in Belgrad hielt es jedoch für besser, wenn er sich politisch nicht gebunden, verpflichtet fühlt, und gab sich damit zufrieden, dass er mit einigen kürzeren Bemerkungen die vorhandenen Beziehungen zu Ungarn bewahrt, »eine Tür zu Ungarn offen lässt«.³⁵ Diese »Tür« sollte dann Stojadinović mit seiner Aussage an Bessenyei am 21. August kurz nach der Eröffnung der Konferenz der

• • •

33 In einer Anweisung, die Kálmán Kánya an die ungarische Botschaft in Warschau schickte, beschrieb er die Anerkennung der jugoslawisch-ungarischen Grenze seitens Ungarn folgendermaßen, dass Ungarn dafür in Tausch, von Jugoslawien Neutralität verlangte, falls es mit einem anderen Nachbarland eventuell Konflikte haben sollte., daneben verlangte er auch gewisse Konzessionen für die ungarische Minderheit. DIMK. II. 519. p. Kánys Anweisungen an den ungarischen Stellvertreter des Außenministeriums in Warschau. 4. August 1938.

34 Wilhelmstrasse. 256. o. Bohles Bericht über die Besprechungen, die er zwischen dem 23. – 27. Januar 1938 mit Csáky geführt hat.

35 DIMK. II. 489-490. p. Bessenyeis Bericht am 12. Juli 1938.

Kleinen Entente weit öffnen. Stojadinović gab bekannt, dass er alle Angaben, die sich auf die ungarische Minderheit beziehen, zusammengesammelt hat, und Andrić, den Vizeaußenminister damit beauftragt hat, dass er nach der Konferenz mit ihm das Thema noch einmal bespricht, und Ratschläge gibt, was für Zugeständnisse noch der ungarischen Minderheit gegeben werden könnten.³⁶

Das Ergebnis, oder einer der Momente der Verhandlungen zwischen Ungarn und der Kleinen Entente, genauer zwischen Ungarn und Jugoslawien, war das am 22. August 1938 unterzeichnete Abkommen in Bled. Was die Minderheitenfrage angeht, hat man mit Rumänien und Jugoslawien in der Form eines *gentlemen's agreement* ein endgültiges Abkommen geschlossen.³⁷ Das muss man so verstehen, dass Ungarn, Rumänien und Jugoslawien neben der Unterzeichnung der offiziellen Erklärung über die Anerkennung der Rüstungsgleichheit auch noch ein Kommuniqué unterzeichnet haben. In diesem Kommuniqué vereinbarten sie sich darüber, dass sie aus eigenem Entschluss alle Hindernisse bewältigen werden, die ihren freundschaftlichen Beziehungen im Wege stehen.³⁸ Der Ausdruck Minderheit existierte also in dieser Erklärung nicht. Obwohl das Wort Minderheit hier nicht existierte, wusste jeder, was der »Vertiefung freundschaftlicher Beziehungen« am meisten im Wege stand.

Es gibt sehr unterschiedliche Meinungen über die militärische, politische und diplomatische Bedeutung des Abkommens von Bled, mit diesem Abkommen im Zusammenhang unterscheiden sich auch die Meinungen darüber, was Ungarn und die Kleinen Entente davon erwarteten.³⁹ Was aber die Minderheitenfrage betrifft, hat dieses Abkommen eine sehr große Bedeutung. Die Staaten der Kleinen Entente haben hiermit anerkannt, wovon sie bisher nichts wissen wollten, und zwar das, dass in Fragen, was die Minderheiten angeht, auch Ungarn ein Wort zu sagen hat, dass die Minderheitenfrage nicht eine solche Angelegenheit ist, worü-

● ● ●

36 Was die ungarisch-jugoslawische Annäherungspolitik betrifft, erklärte Stojadinović, wäre ihm diese am wichtigsten, aber man müsse noch warten, bis man die tschechischen Hindernisse bewältigt. DIMK. 546. S. Der Bericht des Belgrader Botschafters an den Außenminister. 21. August 1938.

37 Wegen der Tschechoslowakei ließ aber das ganze Vereinbarungskomplex noch auf sich warten. Man konnte sich mit Prag, wo die Minderheitenfrage eine besondere Bedeutung hatte, nicht vereinbaren, weil sie nicht den passenden Erklärungstext gefunden hatten. Das Minderheitenproblem könnte man in der Tschechoslowakei nur so lösen, wenn man die Lage der dort lebenden ungarischen Minderheit beruhigend, »intern« lösen würde, oder wenn man einen ausführlicheren Vereinbarungstext zusammenstellen würde, als das der Fall mit Rumänien und Jugoslawien war. DIMK. II. 552-553. p. Kányas Telegramm an alle ungarischen Botschaften. 23. August 1938.

38 DIMK. II. 557. p.

39 Pál Pritz und Magda Ádám haben sich in der ungarischen Geschichtsliteratur ausführlich mit den möglichen außenpolitischen taktischen strategischen Rollen der Vereinbarung/Erklärung befasst. Über die Bedeutung und Rolle der Vereinbarung/Erklärung haben beide Historiker eine verschiedene Meinung.

ber einzig allein die Staaten, wo ungarische Minderheiten leben, Entscheidungen treffen, sondern auch Ungarn ein Recht dazu hat.